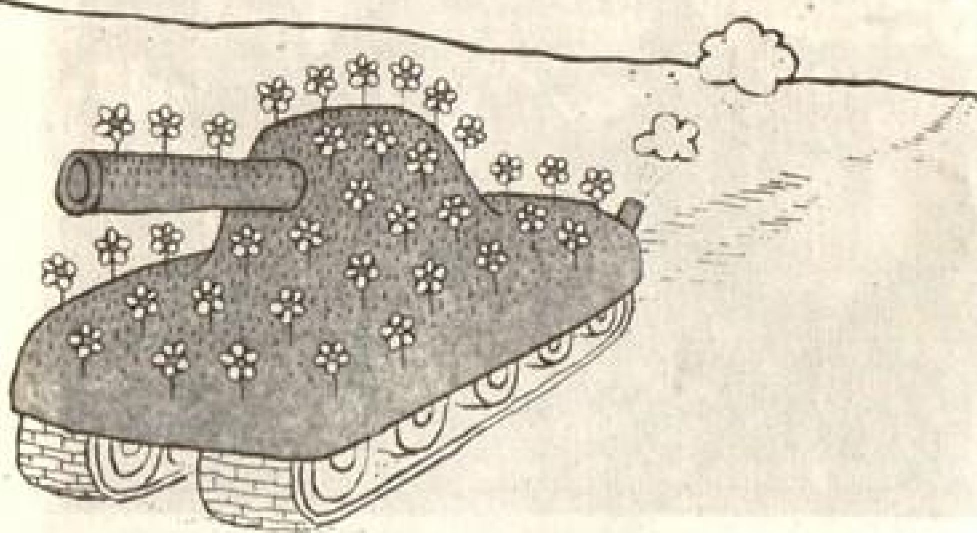
Getarnter Faschismus in Portugal



Am 7. August brachte die "Volksstimme" einen Jubelartikel über das gegenwärtige Militärregime in Portugal. Darin wird die sogenannte "Bewegung der Streitkräfte", die das alte faschistische Regime durch einen Staatsstreich gestürzt hat, um eine neue faschistische Diktatur mit scheindemokratischem Tarnanstrich an ihre Stelle zu setzen, über den grünen Klee gelobt. Ihr "Programm" wird in dem Artikel des Revisionistenblattes wörtlich als "revolutionär-demokratisch mit einer bestimmten antimonopolistischen Stoßrichtung" (!) definiert.

Dabei hat die Militärjunta in Lissabon kurz vorher den wahren Charakter ihres "Programms" in Theorie und Praxis brutal und offen bloßgelegt: Am 4. August drohte sie eine "rigorose Bestrafung" den "extrem-linken Gruppen" an, die "gegen das Programm der Streitkräfte agitieren, egal, ob durch das geschriebene Wort (!), in Sitzungen (!!) oder bei öffentlichen Demonstrationen". Eine solche Kritik stelle, so wurde erklärt, eine "ideologische Aggression" (!!!) dar. Tags darauf wurde die Wochenzeitung "Luta Popular" ("Volkskampf"), das Organ der marxistisch-leninistischen revolutionären Bewegung für die Erneuerung der Partei des Proletariats (MRPP) wegen "beleidigender Kritik" (!) an den Militärmachthabern "auf unbegrenzte Zeit" verboten. Der Herausgeber des Blattes, Genosse Saldanha Sanches, war schon einige Wochen vorher verhaftet worden, weil in einem Artikel die portugiesischen Soldaten aufgefordert wurden, sich an der fortgesetzten Unterdrückung der Freiheitsbewegung in den afrikanischen Kolonien nicht mehr zu beteiligen. (Wir haben gegen diesen faschistischen Willkürakt energisch protestiert und den verfolgten Genossen unsere Solidarität bekundet.) Ebenfalls am 5. August rief der Chef der Junta, General Spinola, die in Lissabon stationierten "Kommandobataillone" auf, sich zum Kampf gegen "Störungen" des sogenannten "Demokratisierungsprozesses" bereitzuhalten. Und am 7. August wurden schwerbewaffnete Soldaten mit Panzerunterstützung gegen eine Massendemonstration revolutionärer Arbeiter und Jugendlicher eingesetzt, die gegen das Verbot der marxistisch-leninistischen Zeitung protestierten. Die "Kommandos" trieben Demonstranten mit Waffengewalt auseinander und nahmen viele Verhaftungen vor.

Wieso wagten es die österreichischen Revisionisten, solche unverhüllten rein faschistischen Maßnahmen der gegenwärtigen portugiesischen Regierung lauthals zu rechtfertigen, ja zu rühmen? Nicht nur weil ihre revisionistische "Bruderpartei" dieser Regierung angehört; sondern weil offensichtlich das von ihnen als "revolutionär-demokratisch" und "antimonopolistisch" gepriesene Programm der portugiesischen Militärclique ähnlich dem Programm für eine "antimonopolistische Demokratie" in Österreich ist, dessen Verwirklichung sich die "K"PÖ auf ihrem 22. Parteitag zum Ziel gesetzt hat!

Ebenso wie in Portugal (und wie 1968 in Frankreich, wie vor dem September-Putsch in Chile, wie seit langem in Italien, wie neuerdings in Griechenland) biedern sich auch bei uns die modernen Revisionisten der herrschenden Kapitalistenklasse als "Ordnungskraft", als Schutzschild gegen "Linksextremisten" an. Die von ihnen erstrebte "antimonopolistische Demokratie" erweist sich immer deutlicher als eine neue Form der faschistischen Diktatur, die einen "demokratischen" Deckmantel dadurch erhalten soll, daß sie von staatsmonopolistischen bürokratischen Kapitalisten, mit Einschluß der moskauhörigen Revisionisten, geführt und von einer - angeblich "über den Klassen stehenden" - Militärclique gestützt wird.

Die modernen Revisionisten spielen so eine ähnliche geschichtliche Rolle wie seinerzeit die alten Revisionisten, die nach dem ersten Weltkrieg unter den Losungen "Die Revolution hassen wie die Sünde" (Ebert) und "Einer muß der Bluthund sein" (Noske) die Bourgeoisie vor der sozialistischen Revolution des Proletariats gerettet haben. ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

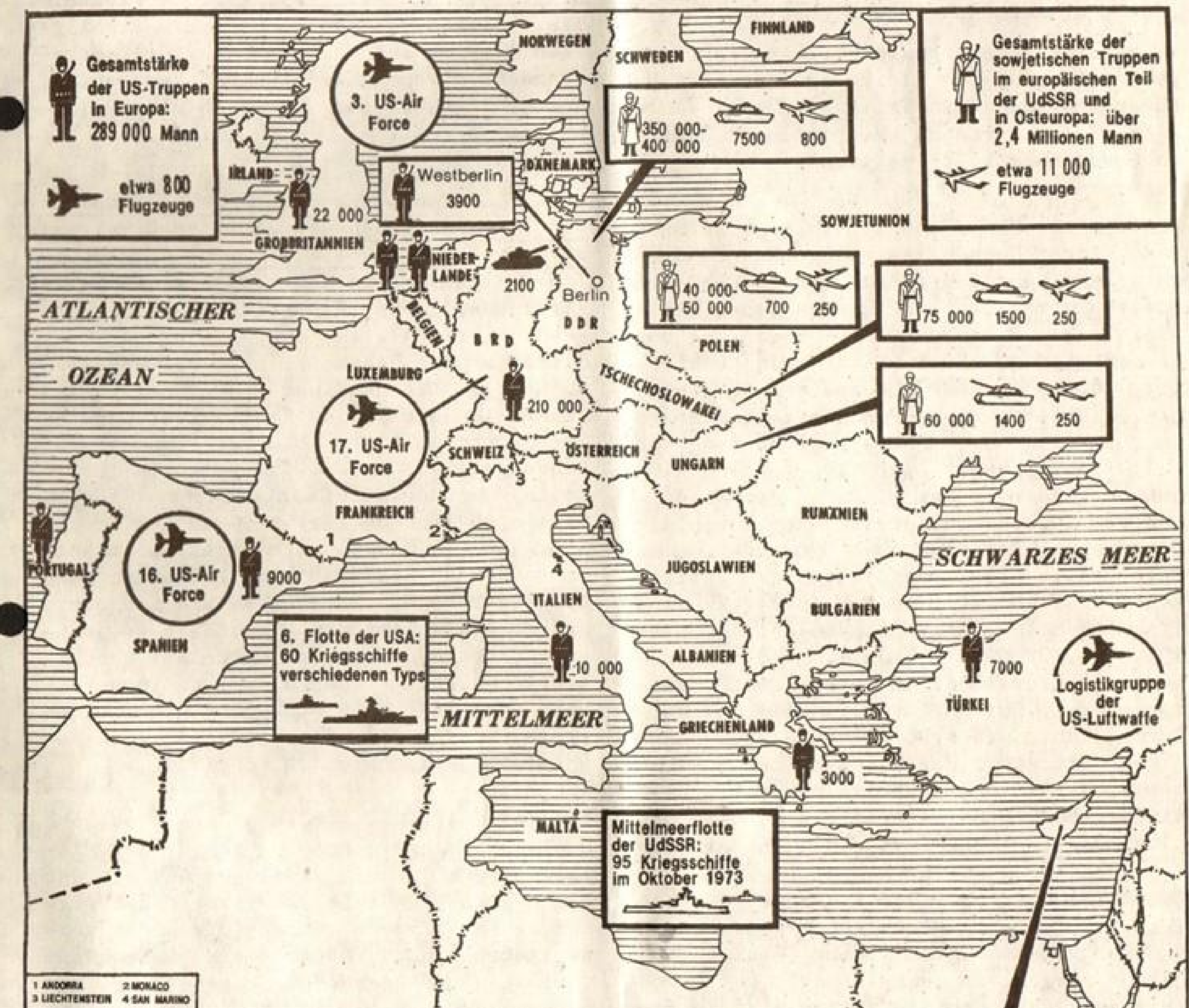
für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 89

SOWJETISCHE UND AMERIKANISCHE TRUPPEN IN EUROPA



Zahlen entsprechend Quellen der ausländischen Presse

Die beiden Supermächte und Europa

Die beiden Supermächte und Zypern

Am Dienstag, dem 6. August, schrieb die "Volksstimme" in einer Glosse: "Nach dreiwöchigem Schweigen nahm am Montag die chinesische Führung zur Zypernkrise Stellung. Wie 'Neues China' berichtete, sei der Militärputsch auf Zypern das direkte Resultat der verstärkten Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Revisionismus." Die "chinesische Führung" hätte, wie das Wiener Revisionistenblatt hinzufügt, darüber hinaus sogar behauptet, daß "die Sowjetunion die Athener Junta zu einem Militärputsch auf der Mittelmeerinsel (ist Zypern – d. Red.) überreden konnte".

In buchstäblich dreizehn Zeilen einer engen Zeitungsspalte gleich drei faustdicke Lügen über das sozialistische China! Wahrhaftig, ein geradezu beispielloser Rekord an Unverschämtheit seitens dieser Arbeiterverräter!

Erstens hat China zur Zypernkrise keineswegs "drei Wochen geschwiegen", sondern seine Massenmedien haben sofort über den Putsch der reaktionären griechischen Offiziere gegen die rechtmäßige Regierung des Präsidenten Makarios (Mitte Juli) berichtet, ebenso wie über die spätere Absetzung des selbsternannten "Präsidenten" Sampson am 25. Juli. Sie haben die Meinung der Weltöffentlichkeit zur Zypernkrise eingehend wiedergegeben z. B. in den Meldungen vom 19. und 20. Juli. Sie haben die Debatten und Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates sowie die darauf folgenden politischen Geschehnisse bezüglich der Zypernfrage prompt und exakt gemeldet, z.B. am 19., 20., 22. und 24. Juli. Und sie haben selbstverständlich die eigenen Stellungnahmen Chinas vollinhaltlich veröffentlicht, wie z.B. die Rede des ständigen Vertreters der VR China bei der UNO vom 1. August, die wir an anderer Stelle wiedergeben. Das wäre also die erste und albernste Lüge des Revisionistenblattes.

Zweitens hat die "Volksstimme" die von ihr "zitierte" Äußerung der Nachrichtenagentur "Neues China" ganz einfach ins gerade Gegenteil umgefälscht und sich drittens dazu noch die völlig absurde Erfindung aus den schmutzigen Fingern gezogen, die "chinesischen Führer" hätten angeblich behauptet, daß Moskau die griechische Regierung zum Putsch auf Zypern veranlaßt hätte.

In Wirklichkeit wird in dieser Meldung von "Neues China" festgestellt, daß der Putsch in Zypern das Ergebnis der Rivalität (und nicht der Zusammenarbeit!) der beiden Supermächte entsprang und daß zwar die US-Imperialisten diesen Staatsstreich für ihre Zwecke ausnützen wollten, zugleich aber die russischen Sozialimperialisten bestrebt waren und sind, sich in diesem Konflikt einzumischen, um im trüben zu fischen.

Um den ebenso saudummen wie niederträchtigen Lügen der Arbeiterverräter vom Höchstädtplatz die Wahrheit gegenüberzustellen, bringen wir nachstehend die wichtigsten Absätze aus dem Kommentar des Korrespondenten von "Neues China" vom Montag, dem 5. August, auf den sich die "Volksstimme" beruft:

"Der Staatsstreich, der Mitte Juli in Zypern stattfand, war das direkte Resultat der langwierigen und verstärkten Rivalität zwischen den zwei Supermächten, dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Revisionismus, im Mittelmeerraum und das Ergebnis ihrer Aggressionspolitik und ihres Strebens nach Hegemonie (Vorherrschaft – d. Red.). Die Handlungen des US-Imperialismus im Gefolge des Staatsstreichs sind für jedermann klar. Die revisionistische Führungsclique in der UdSSR glaubte ihrerseits, ein unerwartet eingetretener Glücksfall ermögliche es ihr, sich von dem Dreck, den sie im Nahen Osten angesammelt hat, zu säubern. Sie gab eine Erklärung nach der anderen ab, Breschnjew und Podgornyj selbst traten auf den Plan, die sowjetische Propagandamaschine wurde auf Höchsttouren gebracht – das alles, um einen Vorwand für die Einmischung in die Zypern-Frage und für die Intensivierung der sowjetischen Expansion zu schaffen.

In diesem Artikel werden sodann russische Quellen zitiert, denen zufolge "der Mittelmeerraum an die südlichen Gebiete der UdSSR grenze", diese daher vor den Ereignissen in Zypern "nicht die Augen verschließen könne", sondern sie "aufmerksam verfolgen" müsse und "die gegenwärtige Lage rasche und wirksame Maßnahmen von der UdSSR erfordere". Solche Maßnahmen seien in der Tat ergriffen worden, stellt "Neues China" fest, nämlich die Entsendung von Kriegsschiffen und die Alarmbereitschaft von sieben russischen Fallschirmjägerdivisionen. Weiter heißt es in dem Artikel der chinesischen Nachrichtenagentur:

"Unterdessen hat die revisionistische Führungsclique der UdSSR auch eine intensive diplomatische Aktivität im Zusammenhang mit der Entwicklung der Lage in Zypern entfaltet. Den einen Ländern schmeichelte sie, während sie andere attackierte, überall entfachte sie den Feuerbrand und säte Zwietracht. Sie schürte die Gegensätze zwischen den Nationalitäten Zyperns und zwischen den unmittelbar interessierten Ländern (Griechenland und Türkei – d.Red.). Sie bauschte mutwillig die Vorgänge auf, um daraus Profit zu ziehen."

Der Korrespondent erinnert sodann an die Intrigen und Machenschaften der Kreml-Herren während des Oktober-Krieges im Nahen Osten und betont, daß sie jetzt den gleichen Trick vollführen. Sie versuchten nämlich auf verschiedenste Weise eine UNO-Resolution durchzuboxen, wonach die russischen Sozialimperialisten das Recht erhalten würden, als Mitglieder einer "UNO-Sondermission" in Zypern im trüben zu fischen. Diese Versuche mißlangen. Als am 25. Juli in Genf die Dreierbesprechungen über Zypern begannen, waren die russischen Machthaber äußerst ungehalten und verärgert. Sie fühlten sich vor die Tür gestellt. Deshalb entsandten sie den Chef der Nahost-Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, Mitin, nach Genf, um noch mitmischen und sich als "Garantiemacht der Unabhängigkeit Zypern" aufspielen zu können. Als auch dieses Manöver zunächst keinen Erfolg hatte und die drei "Garantiemächte" des Zypernkommandos von 1960 – Großbritannien, Griechenland und die Türkei – in Genf ein Übereinkommen (zum ersten Punkt der Tagesordnung) erzielten, geriet der Kreml ganz aus dem

REDE DES STÄNDIGEN VERTRETERS DER VOLKSREPUBLIK CHINA BEI DER UNO, HUANG HUA, VOR DEM SICHERHEITSRAT AM 1. AUGUST 1974:

Die Zypern-Frage ist in erster Linie eine Angelegenheit, die von der imperialistischen Herrschaft auf dieser Insel hinterlassen wurde. Eine lange Zeit hindurch blieb diese Frage ungeregelt, hauptsächlich wegen der Einmischung imperialistischer Kräfte, in den letzten Jahren besonders wegen der heftigen Rivalität der beiden Supermächte bezüglich Zyperns, das ein bedeutender strategischer Punkt im Mittelmeer ist.

Wie jedermann weiß, ist Europa seit langem andauernd der Brennpunkt dieser Rivalität zwischen den USA und der UdSSR, wobei zu bedenken ist, daß der östliche Mittelmeerraum einschließlich Zyperns die Südflanke Europas bildet. Die zwei Supermächte machen vor nichts Halt, um ihre jeweilige Einflußsphäre in diesem Raum auszudehnen.

Was die eine Supermacht (die USA – d.Red.) betrifft, so sind diese Dinge nur allzu bekannt. Die andere Supermacht, d. h. die Sowjetunion, hat sich aber in diesen Tagen so aufgeführt, daß sie im höchstem Maße entlarvt erscheint. Die Menschen können immer klarer erkennen: Von vornherein düstere Absichten hegend bemühte sich diese Supermacht einmal Herrn A gegen Herrn B zu gewinnen, um tags darauf Herrn B gegen Herrn A auszuspielen. Überall entfacht sie die Flammen und sät Zwietracht. Während sie scheinheilig vorgibt, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Zyperns zu unterstützen, ist sie tatsächlich bestrebt, mit der anderen Supermacht (den USA – d.Red.) wegen der Kontrolle über den östlichen Mittelmeerraum zu konkurrieren. Sie tut alles in ihrer Macht Stehende, um aus den verschiedenen komplizierten Faktoren und Widersprüchen, die sich aus der Situation in Zypern ergeben, Vorteil zu ziehen, im trüben zu fischen und mitzumischen, um ihre Streitkräfte in diesem Raum noch mehr aufblähen zu können.

In dem noch immer vor uns liegenden sowjetischen Resolutionsentwurf wird insbesondere verlangt, daß eine sogenannte "Sondermission der Vereinten Nationen" nach Zypern entsandt werde. In diesem Zusammenhang hat sich die Sowjetunion selbstgefällig beeilt, viele UNO-Delegationen darauf hinzuweisen, daß sie "bereit" sei, an einer solchen "Sondermission" teilzunehmen. Enthüllt das nicht zur Gänze ihre wahre Absicht? Legt es nicht mit einem Male offen die Heuchelei dar, welche in den Worten der Sowjetvertreter steckt, die in den letzten Tagen so häufig geäußert wurden? Gibt das einem nicht genug Stoff zum Nachdenken, wenn man die mannigfaltigsten Tricks betrachtet, welche die UdSSR innerhalb und außerhalb des Sicherheitsrates rund um die Zypern-Frage angewendet hat, und wenn man sich zugleich ihre schamlose Expansion im südasiatischen Subkontinent und im Nahen Osten ins Gedächtnis ruft? Die zwei Supermächte wetteifern miteinander bei der Entsendung ihrer "Beobachter" zu den Dreiergesprächen in Genf, ist das etwa nicht eine Bekundung ihrer Rivalität?

Die Tatsachen haben uns gelehrt: Wo immer die beiden Supermächte miteinander rivalisieren, wird es keine Ruhe geben und werden sich die Dinge noch mehr komplizieren.

Deshalb müssen wir in der Zypern-Frage an den Prinzipien der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität Zyperns festhalten und jeglichen Machenschaften äußerer Kräfte Widerstand entgegensetzen, besonders jener der zwei Supermächte.

(Hsinhua, 3. August 1974)

Häuschen: Der russische Vertreter im Sicherheitsrat legte gegen eine Resolution zur Durchführung des Genfer Abkommens sein Veto ein, um Zeit zu gewinnen, damit, wie sie vergeblich hofften, Truppen des Warschauer Pakts in die UNO-Streitmacht auf Zypern eingeschmuggelt werden könnten. Der Kommentator von "Neues China" schließt folgend:

"Wie jedermann weiß, haben die Bemühungen der sowjetischen Revisionisten, sich in die Zypern-Frage einzumischen, ihr konterrevolutionäres strategisches Ziel zum Ursprung, nämlich: ihre Rivalität mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft im Mittelmeerraum noch energischer zu betreiben. Zypern ist ein wichtiges strategisches Gebiet im Nahen Osten und im Mittelmeer. Beide Supermächte betrachten es seit langem als "Flugzeugträger von ungeheurer strategischer Bedeutung", und beide befinden sich in einem überaus heftigen Ringen um die Herrschaft über diese Insel. Zypern nimmt natürlich im Konzept des US-Imperialismus einen wichtigen Platz ein. Zugleich wird dieser Platz schon seit längerem heftig von den russischen Sozialimperialisten begehrt... Die sowjetischen Revisionisten machen sich die verschiedenen komplizierten Faktoren rund um Zypern zunutze, um in diese Insel einzudringen. Die Zypern-Situation ist derzeit noch im Fluß. Beide Supermächte mischen eifrig mit. Man muß aber besonders wachsam sein gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus, der gewohnt ist, brennende Häuser zu plündern."

☆

Das ist der nur unwesentlich gekürzte Inhalt des chinesischen Artikels, den die "Volksstimme" so mutwillig und grob entstellt und verfälscht hat. Der Leser sollte daraufhin zwei Fragen beantworten:
1. Warum haben die österreichischen Revisionisten mit dieser antichinesischen Glosse so blödsinnig gelogen? Weil sie gerade für die Zusammenarbeit der beiden Supermächte werben wollten, weil sie den Menschen - auftragsgemäß - unbedingt einreden wollen, daß die Supermächte Frieden stiften, während die Tatsachen gerade beweisen, daß sie die Hauptursache der Weltkriegsgefahr in unserer Zeit sind.
2. Warum lügt einer überhaupt? Weil die Wahrheit gegen ihn spricht! Die systematische Lügenhetze der "Volksstimme" gegen das sozialistische China beweist an und für sich schon, daß sich die sogenannte "K"PÖ auf der anderen Seite der Barrikade befindet.

9. August 1974

Gefährliche Eitelkeit



Eine halbe Stunde vor seiner offiziellen Rücktrittserklärung erlitt Richard Nixon einen Weinkrampf. Er verstand die Welt nicht mehr. Und in der Tat: Wenn man versucht, sich in ihn hineinzudenken, dann könnte man mitflennen angesichts der Niedertracht und des Undanks in dieser schnöden Welt.

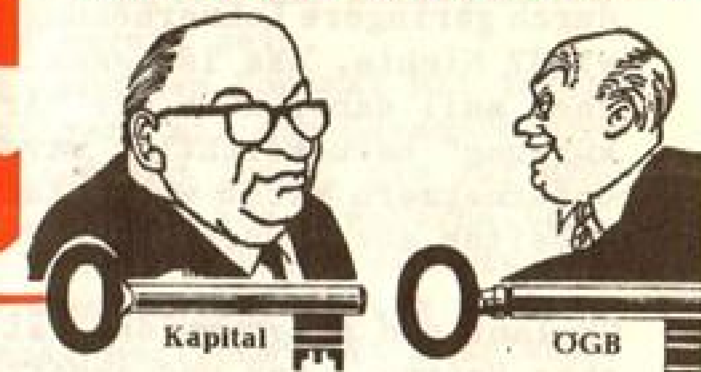
In den fünfeinhalb Jahren seiner Präsidentschaft hat „Tricky Dick" doch fürwahr ganz andere Dinger gedreht als den vergleichsweise läppischen Watergate-Einbruch. Er hat einen nichterklärten Krieg in Indochina geführt, er hat Militärregimes in Lateinamerika errichten geholfen, er ließ sich von Großfirmen bestechen und unterband als Gegenleistung Gerichtsverfahren gegen eben diese Firmen, er beging Steuerhinterziehung und er belog Tag für Tag die Öffentlichkeit. Doch all diese Delikte gehören offenbar zum guten Ton im Weißen Haus, denn die Massenmedien (das „Gewissen der Nation") reagierten schlimmstenfalls mit mildem Tadel. Nur der Fall Watergate beleidigte das ansonsten großherzige Rechtsempfinden der amerikanischen Journalisten: Ein paar Exilkubaner waren im Auftrag von Nixons Republikanischer Partei nachts ins Watergate-Hotel eingedrungen, um dort im Hauptquartier der Konkurrenzpartei Abhör„wanzen" anzubringen, und waren fatalerweise dabei erwischt worden.

Trotzdem wäre dieser klägliche Einbruch Nixon nicht zum Verhängnis geworden und kein Mensch hätte ihm seine Vertuschungsversuche beweisen können, wenn ... ja wenn da nicht die verfänglichen Tonbandaufnahmen gewesen wären. Und jetzt kommt ein Gag, wie man ihn sonst nur im Kabarett zu hören kriegt. Wer nämlich war der hinterhältige Feind, der alle Gespräche des Präsidenten aufnehmen ließ? Es war Nixon selber. Im Jahre 1971 hatte er diese schicksalhafte Maßnahme befohlen, damals allerdings mit eitlem Seitenblick auf die spätere Geschichtsschreibung, die über seine Worte und Taten genau Bescheid wissen sollte, zum größeren Ruhm des großen Richard Milhouse Nixon. Alles in allem ein Hintertreppenwitz der Weltgeschichte: der amerikanische Präsident fällt der eigenen Eitelkeit zum Opfer.

Weil man jedoch aus der Geschichte lernen kann, deshalb hat der neue Präsident Ford bereits angeordnet, daß die Gespräche im Weißen Haus nicht mehr aufgezeichnet werden. Er wird schon wissen warum.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)



Hinter verschlossenen Türen

1974 war bisher ein Jahr, in dem die werktätige Bevölkerung Österreichs ungeheuren Anschlägen der Kapitalistenklasse auf ihren Reallohn ausgesetzt war. Lassen wir einmal die Parteibrillen beiseite: Hat nicht jeder von uns in diesem Jahr - wenn er verheiratet ist - mit seiner Frau Debatten ums Wirtschaftsgeld gehabt? Mußten wir dabei nicht immer wieder hören, daß gerade diese Dinge am meisten im Preis steigen, die wir für unser tägliches Leben brauchen: Lebensmittel, Bekleidung, Miete? Beklagt sich nicht jede Hausfrau, daß sie mit ihrem Wirtschaftsgeld nicht mehr auskommt und deshalb mehr vom Mann verlangt? Und regt sich dieser Mann nicht darüber auf, weil er ja ohnehin schon im Akkord arbeitet, Überstunden schindet und pfuschen geht, solange es nur möglich ist?

Spürt nicht jeder junge Mensch, der als Unverheirateter für die Zukunft plant, wie die Preise für eine Wohnung oder die Baukosten für ein Eigenheim immer unerschwinglicher werden? Oder wenn er der Meinung ist, zuerst einmal sein "Leben genießen" zu müssen, daß seine "Vergnügungen" immer mehr zusammenschrumpfen, weil das Geld immer knapper wird infolge der Teuerung, weil die Lohnsteuer von der Mehrarbeit mehr wegfrißt als diese einbringt?

Und wie steht es mit den Pensionisten, die - weil alt und krank - eben keinen Nebenverdienst haben und bereits am 15. eines Monats nicht wissen, wie sie mit ihrem Geld bis zur nächsten Rentenzahlung auskommen sollen? Die große Masse der Arbeiterrentner leidet enorm unter der horrenden Teuerung. Denn die sogenannte "Rentendynamik" ist ein Betrug, weil sie nie den Preissteigerungen entspricht und ihnen immer um Jahre nachhinkt.

Was wir erkennen müssen ist, daß wir uns in den Betrieben Lohnerhöhungen als Ausgleich für die Teuerung holen müssen. Die Kapitalisten kürzen uns den Lohn in Form ständig steigender Preise, von ihnen müssen wir den Ausgleich dafür wieder erkämpfen, wollen wir einer Senkung unseres Lebensstandards entgegenwirken. Was hindert uns daran?

Vor allem hindert uns daran unsere Meinung, daß die SPÖ- und Gewerkschaftsführer als angebliche Führer und Vertreter der Arbeiterschaft schon dafür sorgen werden, daß es "nicht schlechter" wird. Und man kann sich zu dieser Ansicht leicht verleiten lassen. Denn von Zeit zu Zeit gibt es immer wieder "Lohnrunden", die uns - "ganz ohne Streik", wie stolz verkündet wird - Lohnerhöhungen bringen. Was wir dabei nicht sehen ist, daß dieses ganze System von Preiserhöhungen, dann Lohnerhöhungen, dann wieder Preiserhöhungen usw. geplant und ausgepackelt ist von Unternehmern und sogenannten Arbeiterführern. Dabei steigen die Profite, dabei steigen die Steuern - sie können das aber nur auf Kosten der durch Inflation entwerteten Löhne und des gestiegenen Ausbeutungsgrades infolge Antreiberei und Mehrarbeit. Wovon sonst?

Wieder ist ein Betrug geplant

Gegen Ende dieses Jahres wird sich der Betrug mit der "Lohnrunde" wieder abspielen. Zur Beruhigung der Arbeitermassen, die trotz aller Beschwichtigungsversuche unruhig und unzufrieden geworden sind, wurden ja schon für den Herbst Lohnverhandlungen angekündigt, steht 1975 eine "Steuerreform" in Aussicht und ködert man junge Menschen mit einer Geburtenprämie von 16.000 Schilling.

Geplant und programmiert ist aber ein neuerlicher Betrug. Und wie? Im Interesse der "Währungsstabilität" müssen auch die Lohnerhöhungen niedriger gehalten werden, wird ja schon hinausposaunt. Und die Gewerkschaftsführung hat dafür natürlich "Verständnis". Die "Steuerreform" soll ebenfalls schon bei den Lohnverhandlungen berücksichtigt werden, was bedeutet: noch einige Prozente weniger Erhöhung der Stun-

denlöhne. Was haben wir aber von einer Lohnsteuersenkung, wenn sie schon vorher durch geringere Lohnerhöhungen eingebracht wird? Nichts, das ist ganz klar. Desgleichen soll dabei auch die "Arbeitszeitverkürzung" berücksichtigt werden. Womit den Unternehmern nicht weh getan wird und die Arbeiter aber geprellt werden.

Geplant und programmiert ist ein neuerlicher Betrug, der uns arbeitende Menschen hindern soll, die Wahrheit zu erkennen und den Entschluß zu fassen, selbst, auf unsere Kraft bauend, unser Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Da wird wieder ein Scheinkampf der Parteien entfacht, der die unzufriedenen Anhänger und Mitglieder wieder fest hinter die Führung vergattern soll - was für die Bonzen schon im Hinblick auf die bevorstehenden diversen Wahlen wichtig ist, weil sie ja Stimmvieh brauchen. Da werden in der Öffentlichkeit zu allen möglichen Fragen "harte Stellungnahmen" abgegeben, um zu vertuschen, daß hinter Polstertüren alles ausgepackelt wird.

Das alles gehört zu den österreichischen "Besonderheiten" des kapitalistischen Herrschaftssystems, das die Unternehmer aus aller Welt studieren kommen.

Was sind diese österreichischen Besonderheiten? Man spricht von "Sozialpartnerschaft". Das heißt zunächst Klassenzusammenarbeit, also Unterwerfung der ausgebeuteten Arbeiterklasse unter die kapitalistische Ausbeuterklasse. Das wäre an und für sich nichts Neues und Besonderes. Das hat es schon früher bei uns gegeben und auch im kapitalistischen Ausland, wo Reformisten, Opportunisten, Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse am Werk sind. Das Besondere der österreichischen Methode liegt darin, daß heute in unserem Land die Spitzen des ÖGB und die verräterischen Führer der SPÖ und "K"PÖ zu Teilen der Kapitalistenklasse geworden sind. Siehe die BAWAG der SPÖ, eines der größten Finanzinstitute Österreichs, mit ihren Konzernbetrieben, siehe die Osthandelsunternehmen der "K"PÖ. Sie haben die gleichen Klasseninteressen wie "private" Monopolkapitalisten, nämlich Höchstprofite zu erzielen. Sie sitzen, wie Kreisky selbst betont, nicht einfach als "Sozialpartner", sondern als "Wirtschaftspartner" in der "Paritätischen" und ähnlichen Kommissionen. Weil ihnen eben, wie Benya immer wieder erklärt, das Gedeihen der "Wirtschaft" am Herzen liegt! Die "Wirtschaft" in Österreich ist aber eine kapitalistische, auf Profit berechnete Ausbeuterwirtschaft, egal ob es sich um Privatunternehmen, um die Verstaatlichten, um Gemeinde- und Landesbetriebe oder um Parteibetriebe handelt. Der Profit all dieser Unternehmungen kommt aus der unbezahlten Mehrarbeit der werktätigen Menschen. Daß es den Verrätern an der Spitze der sogenannten Arbeiterparteien SPÖ und "K"PÖ gelingt, den Arbeitern einzureden, sie wären an dieser "Wirtschaft" (also an ihrer eigenen Ausbeutung) interessiert, weil doch diese Führer "Partner" in diesem Wirtschaftssystem geworden sind - das sind eben jene österreichischen "Besonderheiten", die alle Kapitalisten des Auslands von unserem Land lernen wollen.

Wir Arbeiter müssen bestimmen!

Deshalb darf die Arbeiterklasse ihre Lebensfragen - Löhne, Preise, Steuern, Arbeitsbedingungen usw. - nicht den diversen Kommissionen und Einrichtungen "oben" überlassen, sondern sie muß "unten", wo sie ihre wahre Macht besitzt, in den Betrieben, die Wahrung ihrer Lebensinteressen in die Hand nehmen.

Denn in den nächsten Monaten soll wieder der Betrug an der Arbeiterschaft mittels der "Lohnrunde" über die Bühne gehen. Wie? Hinter verschlossenen Türen, ohne die Arbeiter zu befragen. Dagegen müssen wir aufstehen! Die von uns gewählten (und nicht etwa von der Gewerkschaft bestellten) Betriebsräte müssen sofort, ehe noch die Packelei beginnt, Betriebsversammlungen einberufen. Dort muß berichtet werden, was geplant ist. Dort müssen wir alle unsere Forderungen vorbringen. Dort müssen Beschlüsse gefaßt werden, die für die Betriebsräte verbindlich sind. Sollten die Betriebsräte mit den von der Vollversammlung formulierten Forderungen auf Widerstand stoßen, müssen sie die Arbeiter wieder zusammenrufen, damit die Kollegen über die notwendigen Kampfmaßnahmen entscheiden. Das ist die selbstverständliche Pflicht und Schuldigkeit der Betriebsräte.

Kommen Betriebsräte dieser Verpflichtung nicht nach, dann haben sie unser Vertrauen nicht gerechtfertigt. Dann müssen wir trotzdem den Kampf führen. Dann wählen wir eben Kampfausschüsse, die imstande sind, gestützt auf den Willen und die Kraft der Kollegen, uns in den Kampf zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen zu führen. Einheitlich und geschlossen müssen und können wir den angestrebten Erfolg erringen. ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

Welche Betriebsräte brauchen wir?

Die etablierten Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ) machen bekanntlich jede Wahl, also auch die Betriebsrätewahlen, zu einem "Kampf" um mehr Einfluß und Macht für sich selbst, um Posten und Pfründen für ihre "Getreuen", auf die sie sich dann stützen können. Die Arbeiter und unteren Angestellten denken aber mit Recht an ihre eigenen Interessen, wenn sie dem Aufruf zur Stimmenabgabe bei Betriebsratswahlen nachkommen.

Es gibt natürlich viele Arbeiter, die sich bei einer solchen Wahl keine besonderen Gedanken über ihre Interessen und darüber machen, welche Kandidaten diese Interessen zuverläßlich vertreten. Sie stimmen einfach für die von "ihrer" Partei vorgeschlagene Liste, entweder aus "Tradition" oder weil sie sich dieser Partei aus irgendwelchen Gründen verbunden oder verpflichtet fühlen. Wir sollen uns aber bewußt sein, daß es gerade bei einer Betriebsratswahl wirklich wen zu wählen gibt, daß es tatsächlich um Personen seines Vertrauens geht, die auch etwas "ausrichten" können. Das wird auch bereits von vielen Arbeitern erkannt, denn es gibt genug Betriebsräte, die auf Namenslisten oder als "Parteifreie" gewählt wurden.

Die langjährige Erfahrung zeigt und die einfachste logische Überlegung lehrt, daß sicherlich die große Mehrheit der Arbeiter und kleinen Angestellten Personen ihres Vertrauens zu Betriebsräten machen wollen, weil sie sich von deren Tätigkeit etwas Nützliches für sich erhoffen.

Grundeigenschaften ehrlicher Betriebsräte

Aus den Erfahrungen der Arbeitskämpfe haben sich Grundeigenschaften ehrlicher Betriebsräte herauskristallisiert, die sie haben müssen, um wirklich das Vertrauen ihrer Arbeitskollegen zu verdienen:

1. Sie müssen völlig selbstlos sein, d.h. bei ihrer Funktionsausübung nicht eigennützige Vorteile im Auge haben und auch nicht bestimmte Kollegen begünstigen - also "Freunderlwirtschaft" betreiben -, sondern sie müssen die Interessen aller Kollegen vertreten. Was aber nur geht, indem man die Interessen der gesamten Belegschaft als ein einheitliches Ganzes gegenüber dem Unternehmer wahrnimmt.

2. Sie müssen mutig sein, dürfen sich weder durch Verlockungen welcher Art immer korrumpieren noch durch wie immer geartete Drohungen einschüchtern lassen. Sie müssen gegen die Anschläge der Unternehmer und für die berechtigten Forderungen der Kollegenschaft einen harten und konsequenten Kampf zu führen bereit sein.

3. Sie müssen engsten Kontakt mit ihren Wählern - richtiger: mit der Gesamtbelegschaft, einschließlich jener, die für andere Listen gestimmt haben - unterhalten. Sie müssen sich ihren Wählern verantwortlich und rechenschaftspflichtig fühlen. Sie müssen daher möglichst oft Betriebsversammlungen einberufen. Dort müssen sie den Kollegen über die aktuelle Situation im Unternehmen Aufklärung geben, die vor ihnen stehenden Fragen aufzeigen und aufmerksam und geduldig die Meinungen der Kollegen einholen. Wenn die Meinungen der Kollegen zu Forderungen formuliert sind, müssen diese dann standhaft vertreten werden. Ausschließlich den Interessen der arbeitenden Menschen zu dienen, muß die Grundlage der Handlungen jedes ehrlichen Betriebsrates sein. Denn dadurch wird er Vertrauen und Kampfbereitschaft der Kollegen erringen und hinter sich wissen wenn es gilt, die gerechten Forderungen der Arbeiter wirksam vorzubringen.

4. Ehrliche Betriebsräte dürfen nicht die Interessen dieser oder jener Parteizentrale vertreten, auch wenn sie Mitglieder der einen oder anderen Partei sind. Die Klasseninteressen der Arbeiterschaft in ihrem Betrieb sowie in der Gesellschaft überhaupt müssen ihnen höher stehen als alles andere.

Wie sieht nun im allgemeinen die praktische Tätigkeit der Betriebsräte in Österreich aus, im Vergleich zu den Vorstellungen und Notwendigkeiten einer richtigen, ehrlichen Betriebsratsarbeit?

Sicherlich gibt es genug Betriebe, in denen aufrechte Betriebsräte am Werk sind. Die Lohnbedingungen, sozialen und arbeitsmäßigen Verhältnisse in diesen Betrieben unterscheiden sich gewaltig von anderen, obwohl auch in solchen Betrieben die Klassenwidersprüche zwischen Arbeitern und Unternehmern ständig wirksam sind.

Sicherlich gibt es viele Betriebsräte, die ehrlich für die Interessen der Kollegen eintreten wollen, sich dabei aber nicht zurechtfinden, weil die grundlegende Erkenntnis fehlt, daß in unserem System immer der Gegensatz bestehen wird zwischen den Arbeitern, die alle Werte schaffen, und den Kapitalisten, die sich den Großteil dieser Werte ohne Arbeit aneignen.

Überwiegend, kann man aber sagen, ist die Tätigkeit der Betriebsräte - vor allem in

den Großbetrieben - beeinflußt und abhängig von den Parteiführern und Gewerkschaftsbonzen, die längst nicht mehr Arbeiterinteressen verfolgen, sondern ein unmittelbares Interesse an der Ausbeutung der Arbeiter haben, weil sie zu bürokratischen Kapitalisten geworden sind.

Ansonsten müßte die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit den gegenwärtigen Verhältnissen - mit der ständigen Geldentwertung infolge einer inflationären Entwicklung, mit den horrenden Preissteigerungen, mit der erhöhten Antreiberei, mit noch und noch notwendigen Überstunden und Pfuscharbeit usw. - schon längst zu betrieblichen Kämpfen im Interesse der Arbeiter geführt haben. Denn richtige und ehrliche Betriebsräte können dabei ja nicht tatenlos zusehen.

In entscheidenden Teilen der österreichischen Betriebe halten sich eben die Betriebsräte - die überwiegende Mehrzahl gehört der SP-Fraktion an - noch an die "Sozialpartnerschafts"parole. Sie geben an die Arbeiter weiter, was von "oben" empfohlen wird. Sie werden dafür honoriert in Form vieler Begünstigungen und ein Großteil dieser Betriebsräte spekuliert darauf, auch einmal "etwas zu werden", nämlich auf der Karriereleiter der Bonzen emporzuklettern. Im Zeitalter der Aufsichtsratsposten für Betriebsräte, wie im arbeiterfeindlichen "Arbeitsverfassungsgesetz" vorgesehen, mehren sich ja noch diese Möglichkeiten.

Diesbezüglich sind auch keine Unterschiede aus der verschiedenen Parteizugehörigkeit festzustellen. Denn egal ob solche Betriebsräte der SPÖ, ÖVP, FPÖ oder "K"PÖ angehören, sie verfolgen die "Parteilinie". Streitigkeiten solcher Betriebsräte untereinander und Propagandaphrasen, die sie von sich geben, beruhen lediglich auf dem Konkurrenzkampf um Posten und Besserstellung für sich persönlich oder die jeweilige Partei. Insgesamt wird aber eine systemerhaltende Politik betrieben. Auf der Strecke bleiben die Arbeiterinteressen.

Eine Wurzel des Übels ist darin zu sehen, daß die Arbeiter bei der Erstellung der Kandidatenlisten ja fast nicht gefragt werden. Die Spitzenleute, die "Wortführer" auf den Betriebsratslisten werden im allgemeinen von den Parteisekretariaten nominiert. Und die suchen sich eben die erwähnten "Ja-Sager" aus. Ehrliche Arbeitervertreter scheinen meist nur als Aufputz der Listen "rückwärts" auf. Innerhalb der Fraktionen ist schon dafür gesorgt, daß sie mundtot gemacht werden können.

Auch im Erdölförderbetrieb

Der Erdölförderbetrieb der ÖMV in Gänserndorf gehört zu jenen Unternehmen, in denen eine schlechte Betriebsratsarbeit geleistet wird. Nicht einmal in den letzten drei Jahren ist von den Betriebsräten ein echter Impuls ausgegangen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Bei den notwendigen Lohnforderungen, bei der ständig steigenden Steuer, beim Zahnärztestreik, in Fragen der Teuerung und vielen anderen betrieblichen Fragen haben die Betriebsräte aller Fraktionen jeweils die Linie verfolgt, die von "oben" - von den Parteizentralen - diktiert wurde.

Statt die Meinung der Kollegen einzuholen war man stets bemüht, die Arbeiter zu beruhigen. Es gibt Arbeiter, die während der ganzen Funktionsperiode kein einziges Mal einen Betriebsrat zu sehen bekommen haben. Nicht einmal die Möglichkeit der gesetzlich vorgesehenen Vollversammlungen wurde voll ausgeschöpft, die doch durchgeführten wurden zur Farce gemacht. Oftmals erwies sich die Geschäftsführung des Betriebsrates als "Ersatzbetriebsleitung". Und zwar so, daß sie Forderungen der Arbeiter schon von sich aus abwies und gar nicht an die Direktion herantrug. Im Erdölförderbetrieb hat die SP-Fraktion im Betriebsrat die absolute Mehrheit und alle Funktionen inne. Aber nicht nur sie erwies sich als schlechter Vertreter der Arbeiterinteressen, auch die ÖVP- und "K"PÖ-Betriebsräte erwiesen sich um nichts besser. Auch sie stellten Parteiprestige über Arbeiterinteressen und wenn betrieblicherseits Maßnahmen mit Nachteilen für die Kollegen getroffen wurden, konnte man bei ihnen direkt Schadenfreude feststellen: "Ihr habt ja die SP-Fraktion gewählt", wurde der "Schwarze Peter" mit der Empfehlung weitergegeben, "beim nächsten Mal eben anders zu wählen".

Insgesamt aber bewährte sich der gesamte Betriebsrat - aus der Sicht der Unternehmensleitung gesehen! Daß diese das auch anerkennt, läßt sich aus Stundenlöhnen und Arbeitsplatz der "Wortführer" in den einzelnen Fraktionen leicht erkennen.

Den Schaden haben letzten Endes alle Arbeiter, selbst wenn der eine oder andere auf besondere "Betriebsratsgunst" zurückblicken kann. Den Schaden haben die Arbeiter, solange sie sich solche Betriebsräte vorsetzen lassen und nicht dagegen rebellieren. Dagegen rebellieren kann man mit der Unterstützung der "Namensliste Jocha" bei der kommenden Betriebsratswahl. ●

Was ist richtige Betriebsratsarbeit?

Sicher denkt sich so mancher Arbeiter, daß der Kandidat, für den er bei einer Betriebsratswahl stimmt, ein mitfühlendes Herz für seine Sorgen und Nöte, ein offenes Ohr für seine Beschwerden und Forderungen hat und das Bestmögliche für ihn durchsetzen wird. Sei es in Fragen des konkreten Arbeitsplatzes oder des Urlaubtermins, sei es bei Ungerechtigkeiten, die ihm persönlich seitens des Meisters oder Abteilungsleiters widerfahren, sei es bei speziellen Wünschen, die sich einmal aus seiner persönlichen Situation ergeben. Sicherlich wird er nicht für einen Betriebsrat stimmen, von dem er annimmt, daß dieser sich über solche Fragen hinwegsetzt, weil sie ihm nicht in den Kram passen. Selbstverständlich muß sich ein ehrlicher Arbeitervertreter als Betriebsrat um all diese Dinge kümmern. Dennoch dürfen derartige persönliche Beweggründe nicht die ausschließliche Grundlage bei der Betrachtung richtiger Betriebsratsarbeit sein. Warum?

Denken wir einmal nach: Einen Betriebsrat, der ausschließlich meine persönlichen Interessen vertritt, kann es gar nicht geben. Ein solcher Vertreter meiner eigenen Interessen könnte nur ich selber sein. Das sagt uns einfachstes logisches Denken. In Wirklichkeit ist es nämlich so, daß die persönlichen Interessen einzelner Kollegen zusammenstoßen. Daß dem einen etwas hilft, was dem anderen schadet. Und was die Logik lehrt, beweist die geschichtliche Erfahrung. In den anderhalb Jahrhundert Arbeiterbewegung, seit Beginn der Herrschaft des kapitalistischen Systems, gibt es stets den Widerspruch zwischen der Konkurrenz unter den Lohnarbeitern und ihrer Solidarität gegenüber dem Unternehmer. Die Kapitalisten bauen auf die Konkurrenz unter den "Lohnabhängigen" und halten nur dank dieser Konkurrenz ihre Klassenherrschaft aufrecht. Wir erleben doch tagtäglich, wie es zu Streitereien zwischen Arbeitern und einfachen Angestellten kommt oder zu Zerwürfnissen innerhalb einer Arbeitspartie, weil der Unternehmer einem Arbeiter mehr zahlt als dem anderen. Wir erleben doch oft, wie ein "weißer Arbeitsmantel" oder die Bezeichnung "Vorarbeiter" die Denkweise so verzerrt, daß ein Kollege sich als "Besserer" vorkommt, der andere in diesem den "Feind" sieht. Der Unternehmer lacht darüber, weil dadurch nie eine einheitliche Front gegen ihn als den wahren Klassenfeind zustandekommt. Die Werktätigen können aber nur durch ihre solidarische Einheit den Anschlägen der Unternehmer erfolgreichen Widerstand entgegensetzen und mitunter sogar gewisse Verbesserungen in ihren Arbeits- und Lohnbedingungen erkämpfen.



„Warten Sie doch, Herr Generaldirektor! Vielleicht gewinnt ohnehin wieder die gute alte Betriebsratsgarnitur!"

Für die gemeinsamen Interessen der gesamten Belegschaft

Wenn wir nur ein klein wenig nachdenken, dann kommen wir leicht drauf, daß der Betriebsrat - wenn er ehrlich und richtig handelt und handeln will - keine dauernden und wesentlichen Vorteile für uns persönlich bringen kann. Denn unser Vorteil wäre ein Nachteil für andere Kollegen. Und umgekehrt: ihr Vorteil wäre unser Nachteil. Wir müssen also trachten, gemeinsam unsere Lage zu verbessern, und ein guter Betriebsrat wird auch dementsprechend handeln. Denn der einzelne Lohnarbeiter vermag gegen den Unternehmer nichts auszurichten; stehen aber alle für ihre gemeinsamen Interessen zusammen, dann ist der Unternehmer machtlos.

Wenn wir die Dinge so betrachten und uns darüber aussprechen, werden wir bald sehen, daß wir alle miteinander etwas Gemeinsames haben: Wir alle leben nur von unserem Lohn, das heißt vom Preis unserer Arbeitskraft, die wir dem Unternehmer verkaufen müssen, um leben zu können. Der Unternehmer aber bereichert sich beständig durch die Aus-

nützung unserer Arbeitskraft, die weit mehr Werte (in Gestalt der erzeugten Produkte und Dienstleistungen) schafft als wir für sie in Form des "Lohnes" bekommen. Das ist ja das "Geheimnis" unserer Ausbeutung, des Reichtums der Kapitalisten! Das ist eben das, was Karl Marx, der Lehrer der Arbeiter aller Länder entdeckt und nachgewiesen hat. Wenn wir den Dingen auf den Grund gehen, werden wir weiters unweigerlich darauf kommen, daß unsere eigenen, persönlichen Nöte und Sorgen letzten Endes durch unser Schicksal als Lohnsklaven des Kapitals bestimmt sind, daß also jede teilweise Verbesserung unserer Lage oder - was in der Praxis viel häufiger vorkommt - jeder Teilerfolg im Kampf gegen die Anschläge des Unternehmers und seiner Beauftragten auf unsere Arbeits- und Existenzbedingungen nur durch die solidarische, gemeinsame Aktion aller Kollegen des Betriebes erreicht werden kann.

Daraus ergibt sich dann: Zu einem richtigen Betriebsrat gehört, daß er diese Zusammenhänge erkennt und begreift. Und die nachdenkenden Arbeiter und unteren Angestellten werden bei der Betriebsratswahl für jenen Kandidaten stimmen, der klar und deutlich ihre gemeinsamen Klasseninteressen gegen die Interessen des kapitalistischen Unternehmers (sei dieser eine Einzelfirma, eine private Aktiengesellschaft oder ein verstaatlichter Betrieb) wahrzunehmen willens und fähig ist.

Alles wird durch Kampf entschieden

Nehmen wir nun an, die Belegschaft wählt Betriebsräte, die Verständnis und ein offenes Ohr gegenüber jedem einzelnen Belegschaftsmitglied haben, die darüber hinaus imstande sind, inmitten der vielen einzelnen Klagen und Ansprüche das große gemeinsame Interesse der gesamten Belegschaft zu erkennen. Ergibt sich daraus von selbst, daß diese Betriebsräte auch imstande sind, das Interesse der gesamten Belegschaft wirksam wahrzunehmen und erfolgreich durchzusetzen? Wenn wir darüber auch nachdenken kommen wir zur Einsicht, daß damit allein noch gar nichts getan ist.

Die Frage stellen heißt auch sie beantworten. Der durch die Betriebsratswahl bekundete Wählerauftrag allein genügt nicht im Verkehr mit den Unternehmern, den Klassenfeinden. Die haben immer wieder Ausreden bereit, wenn Betriebsräte die berechtigten Forderungen der Kollegen vorbringen. Unternehmer können nur zum Nachgeben gezwungen werden, wenn sie auch die Bereitschaft der Arbeiter spüren, für ihre Forderungen einzutreten. Denn Unternehmer verzichten niemals freiwillig auf ihren Profit.

Es ergeben sich also wieder Schlußfolgerungen. Ein ehrlicher Betriebsrat wird zu jeder Zeit konsequent die Interessen der Kollegen vertreten. Er wird nicht "weich" werden, wenn der Unternehmer über die "schlechte Situation" jammert sondern wissen, daß entweder der Unternehmer höheren Profit hat - auf unsere Kosten - oder die Arbeiter höhere Löhne haben - auf Kosten des Unternehmerprofits. Und er wird das auch den Kollegen so erklären! Er wird nicht die Ausrede gebrauchen, daß "die Arbeiter nicht kämpfen wollen", sondern ihnen Kraft zum gemeinsamen Kampf vermitteln, indem er ständig die Ausreden des Unternehmers bekanntgibt und eben als Ausreden entlarvt, wozu er natürlich engsten Kontakt mit den Arbeitern eines Betriebes braucht.

Tritt ein Betriebsrat so auf, erringt er in jeder Weise das Vertrauen der Kollegen, setzt sich aber auch die grundlegende Erkenntnis durch, daß letzten Endes nur der gemeinsame Kampf aller Arbeiter die Gewähr des Erfolges ist. Die Arbeiter werden dann von sich aus jederzeit Kampfwillen und Kampfbereitschaft bekunden und wenn nötig in der Praxis beweisen.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)



Ein österreichischer Bergbauer in Volks-China

Im Juni 1974 ergab sich der sicherlich nicht alltägliche Fall, daß ein Kärntner Bergbauer, als Mitglied einer kleinen Delegation österreichischer Marxisten-Leninisten, die Volksrepublik China besuchen konnte. Es ist für mich nicht nur eine revolutionäre Pflicht, über meine Reiseerlebnisse zu berichten, sondern ein tiefes und aufrichtiges Bedürfnis. Ich habe nur eine Sorge, ob es mir überhaupt gelingen wird, mit einfachen Worten den geschundenen und vom Kapital bis aufs Blut ausgebeuteten Bauern Österreichs das zu schildern und begreiflich zu machen, was ich gesehen und erlebt habe: GEWALTIGES! Und ich schäme mich auch keineswegs zu sagen, daß mir des öfteren Tränen in den Augen gestanden sind, wenn ich Taten und Leistungen der chinesischen Bauern bewundern konnte und es mir ganz massiv und aggressiv in mein Bewußtsein einbrannte, was Arbeiter und Bauern zu schaffen imstande sind, frei von allen Fesseln und Ketten geistiger Knechtung und materieller Ausbeutung; wenn mir klar wurde, daß es den Bauern Volkschinas buchstäblich möglich ist, "BERGE ZU VERSETZEN", indem sie dies GEMEINSAM - im KOLLEKTIV - tun. Mit einem Schlag ging mir auch ein Licht auf, wer bei uns in Österreich ein brennendes Interesse daran hat, daß die Bauern nur ja nicht den Weg des kollektiven Handelns und Werkens beschreiten. Denn dies wäre das Ende der bäuerlichen Ausbeutung durch das Industrie-, Handels- und Finanzkapital, das Ende des kapitalistischen Systems als Ganzen.

Folgende Berichte in Fortsetzungen sind die Berichte eines revolutionären österreichischen Bauern, der nicht nur begriffen hat, daß der Kapitalismus der werktätigen Bauernschaft feindlich gegenübersteht, sondern der auch begriffen hat, daß die kleinen und mittleren Bauern "einzelwirtschaftend" schnurstracks ihrem bäuerlichen Ruin entgegenmarschieren, der begriffen hat, daß diesem "bäuerlichen Todesmarsch" nur die sozialistische Revolution ein Ende bereiten und der werktätigen Bauernschaft eine lichte Zukunft eröffnen kann. Es werden Berichte sein - vor allem für Bauern, welche nach Alternativen suchen, die es ihnen ermöglichen, als Bauern am Hof bleiben zu können, freie Bauern im sozialistischen Sinne. Das heißt frei von Ausbeutung durch das Kapital und deren Agenten in den diversen, ehedem bäuerlichen Institutionen, wie Bauernkammern, Lagerhaus, Molkerei-, Viehverwertungsgenossenschaften und anderen. Ich werde ver-

suchen, konsequent, vorurteilsfrei und objektiv vom Leben und Werken der chinesischen Bauern zu berichten, um es dem bäuerlichen Leser in Österreich zu ermöglichen, VERGLEICHE anzustellen zwischen dem Los und den Perspektiven der chinesischen und österreichischen Bauern, was die soziale, ökonomische und kulturelle Position in der jeweiligen Gesellschaft anlangt.

Meine Berichte sollen auch etwas Licht hineintragen in das "Dunkel" des Sozialismusbildes, welches uns vorfabriziert wird von den diversen bürgerlichen, kapitalistischen Meinungsmachern mittels der von ihnen beherrschten Massenmedien: Radio, Fernsehen, Presse. Aber nicht nur die bürgerlichen Meinungsmacher tragen zur Entstellung des Begriffs SOZIALISMUS bei, sondern einen wesentlichen Beitrag in dieser Richtung leisten die revisionistisch entarteten ehemals sozialistischen Länder, allen voran die russischen Sozialimperialisten, indem sie lauthals das als "Sozialismus" ausgeben, was damit gar nichts mehr gemein hat.

Meine Berichte sollen das ihre dazu beitragen, der österreichischen Bauernschaft das SELBSTVERTRAUEN IN DIE EIGENE KRAFT wiederzugeben. Ihr das Bewußtsein zu vermitteln, daß es der Bauernschaft gemeinsam mit der Arbeiterklasse und unter der Führung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse möglich sein wird, mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, dem Marxismus, dem Leninismus, den Maotsetungideen als theoretische Waffe, die sozialistische Revolution in Österreich zum Siege zu führen. Wohl wissend, daß auch während der Epoche des sozialistischen Aufbaues der Klassenkampf weitergeführt werden muß, um zu verhindern, daß anstelle der verjagten kapitalistischen Ausbeuter im "schwarzen Gewande" neue Ausbeuter und Bonzen im "roten Gewande" der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft im Genicke sitzen, wie zum Beispiel im zum Kapitalismus zurückkehrenden Rußland und anderen ehedem sozialistischen Ländern Osteuropas.



In der alten Gesellschaft: Endlose Reihen von Eimern mußten durch harte Arbeit gefüllt werden

Zweck und Ziel unserer revolutionären Bestrebungen ist es, alle Macht im Staate in die Hände der Arbeiter und Bauern zu legen. Ich werde in den folgenden Berichten schildern, wie es die revolutionären Arbeiter und Bauern in Volkschina anstellen, alle Macht auch tatsächlich auszuüben, die wahren Herren im Staate zu sein.

Ein kämpferischer Bauer, mit geistigem Blickwinkel nach VORNE, wird meine Berichte sicherlich kritisch überprüfen. Sollten meine Berichte Anstoß zu Diskussionen geben und in der einen oder anderen Form Anregungen liefern, wie man den Widerstand gegen Ausbeutung durch das Kapital zur Entfaltung bringt, das heißt revolutionären Klassenkampf führt, so werden sie ihren Zweck erfüllen.

„Goldenes Wasser" im Berggebiet Linhsiän

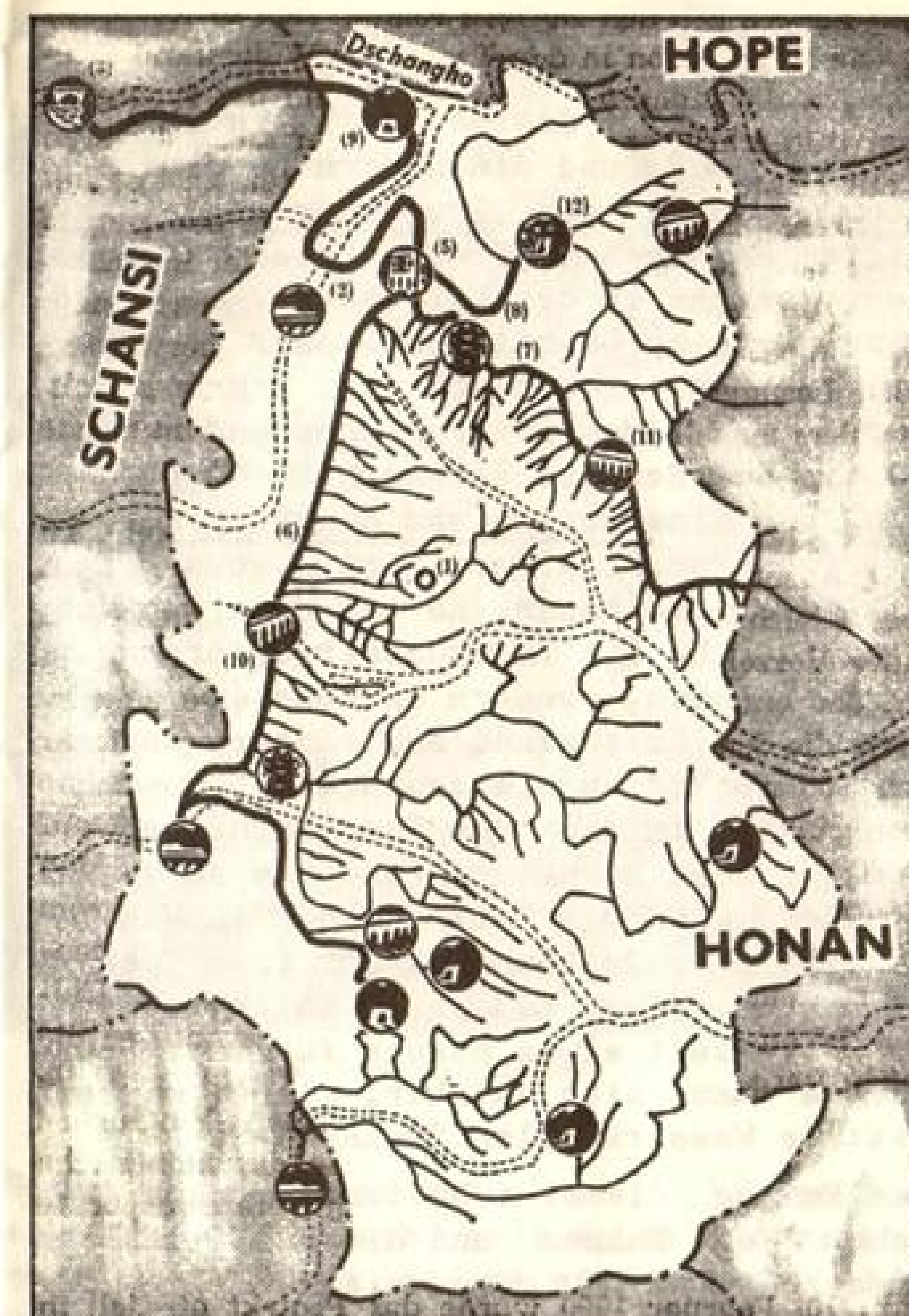
"Es war einmal...", so will ich diesen Beitrag meines Reiseberichts beginnen, in welchem ich vom Leben und Schaffen der Bauern im Kreis Linhsiän (Provinz Honan) berichten werde. Mit diesen Worten beginnen Märchen, und zurückschauend kommt mir all das Erlebte und Gesehene im Berggebiet von Linhsiän wie ein "erlebtes Märchen" vor. Ich überspringe bewußt alle Reiseeindrücke unserer Ankunft in Peking, so gewaltig und beeindruckend diese auch waren und falle gewissermaßen mit "der Tür ins Haus", das heißt ins Berggebiet von Honan, im Inneren Chinas. Denn für mich als Bauer war das Erlebnis "Linhsiän" mit seinem "Rote Fahne"-Kanal- und Bewässerungssystem das aufrüttelndste von vielen und der aggressivste Beweis dafür, was Bauern vermögen, wenn sie sich gestützt auf die eigene Kraft, kollektiv an die Bewältigung von Problemen, egal welcher Größenordnung, dranmachen. Der Kreis Linhsiän liefert ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die Bauern Chinas, geleitet von der revolutionären Linie des Genossen Mao Tsetung, aus armen, elenden und rückständigen blühende und gedeihende sozialistische Dörfer machen. Und der Weg, den die Bauern von Linhsiän gehen, ist der Weg aller Bauern beim Aufbau der sozialistischen Landwirtschaft.

Bauernträume

Jahrtausende träumten die Bauern von Linhsiän vom Idealzustand, in dem allen Dörfern Wasser zufließen würde, in dem sie nicht nur genügend Trinkwasser, sondern auch genügend Wasser für die Feldbewässerung hätten. Aber es waren eben nur Träume, und von über 500 Dörfern des Kreises litten 300 unter akutem Trinkwassermangel, und das Wasser mußte oft kilometerweit herangeschleppt werden. An Feldbewässerung war gar nicht zu denken. So gab das eine das andere, und Hungersnot war für die Bevölkerung an der Tagesordnung. Viele mußten in der regenarmen Zeit, im Winter und beginnendem Frühjahr, das Gebiet wegen Wassermangel verlassen und kehrten erst wieder in der Regenzeit zurück. Viele waren gezwungen, Haus und Hof überhaupt aufzugeben und in andere Gebiete Chinas auszuwandern, welche von der Natur nicht so "stiefmütterlich" bedacht wurden. Mit einem Wort: Dürrekatastrophen, Hunger, Not und Elend kennzeichneten das Leben der Bauern von Linhsiän - wie in den meisten Gebieten Chinas in der vorrevolutionären Zeit.

Organisiert euch!

Erst unter den Bedingungen des Sozialismus konnten die Bauern von Linhsiän ihre Träume verwirklichen. Noch vor der Befreiung ganz Chinas, im Jahre 1943, erließ Mao Tsetung den Aufruf an die Bauern der damals befreiten Gebiete: "Organisiert euch!" Mit diesem Aufruf wurde der Beginn gesetzt für die revolutionäre Bewegung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft Chinas und der Aufschwung setzte für die Bauern ein. Die Bodenreform gab den Bauern Land, aber eine auf Einzelwirtschaft basierende Agrarproduktion war außerstande im wesentlichen die Natur umzugestalten, den Widrigkeiten der Natur die Stirn zu bieten und damit das Leben entscheidend zu verbessern. Der Drang der Bauern, immer größeren Problemen "an den Kragen" zu gehen, bewirkte, daß es massenhaft zur Bildung von Gruppen zur gegenseitigen Hilfe - alles auf streng freiwilliger Basis - kam. Die großen Vorteile, welche die Bauern erfuhren, indem sie immer stärker die kollektive Produktionsweise entwickelten, bewirkten, daß man auch die bäuerlichen Organisationseinheiten immer mehr erweiterte und vergrößerte.



Heute: Ein Netz von Kanälen

Die Folge waren die Bildung von Produktionsgemeinschaften zuerst niederer halbsozialistischer, dann höherer sozialistischer Ordnung, um schließlich die umfassendste und größte bäuerliche Organisationsform zu schaffen: die Volkskommune.

Höhere Kollektivierung = mehr Wasser
Mehr Wasser = mehr Fortschritt

Die Lösung der Wasserprobleme als wichtigste Voraussetzung einer erfolgreichen Agrarproduktion haben einen Verlauf genommen, der charakteristisch ist für den Grad der Organisiertheit der Bauern. Sofort nach der Befreiung faßten die Bauern von Linhsiän unter Führung des Kreisparteikomitees den Beschluß, vor allen Tätigkeiten der Suche nach Wasser den Vorrang einzuräumen. Die Einzelbauern gruben im ersten Elan über 50.000 Trockenbrunnen zur Speicherung des Wassers nach Regengüssen und Schneefall. Diese Maßnahmen brachten einer Reihe von Dörfern eine ge-

wisse Erleichterung bei der Wasserversorgung. Aber diese Lösung konnte nur ein Tropfen sein auf den heißen Stein des Wasserproblems, und die Bauern konnten erst nach Bildung von Gruppen gegenseitiger Hilfe darangehen Trockenteiche auszuheben, welche in der Lage waren, noch größere Mengen Oberflächenwasser zu speichern. Das war ein weiterer Schritt vorwärts in der Wasserversorgung und gleichzeitig ein Schritt vorwärts im Bewußtwerden, daß eine Gruppe von Bauern gemeinsam mit größeren Problemen fertig werden kann als ein Einzelbauer. Es war dadurch nicht nur möglich, die Trinkwasserversorgung zu gewährleisten, sondern es konnten bereits Teile des Kulturlandes bewässert werden. Man versuchte auch Wasserbrunnen auszuheben, aber infolge der Besonderheiten der geologischen Struktur fand man an vielen Stellen im 70–80 m Tiefe noch kein Wasser. Es gibt im Kreis Linhsiän nur vier "periodische" Flüsse, das heißt solche, die in der Regenzeit etwas Wasser führten. Diese machte man sich nutzbar, indem man sie mittels Wasserkanälen "anzapfte".

Der Umfang dieser Arbeiten sprengte aber schon den Rahmen und die Möglichkeiten dieser Gruppen für gegenseitige Hilfe, gar nicht zu reden von Einzelbauern. Dazu waren die Bauern erst imstande, nachdem sie Produktionsgenossenschaften gegründet hatten, zuerst solche "niederer", später "höherer" Art. Und so war der Kampf ums Wasser nicht nur der Kampf gegen Hunger und Dürre, sondern eine der Triebfedern für die Bauern, sich zusammenzuschließen, um auf dem sozialistischen Weg in der Landwirtschaft, der Produktionsweise auf kollektiver Basis, voranzuschreiten. Die Bauern erkannten die gewaltigen Vorteile kollektiven Handelns und mit jedem erfolgreich beendeten Wasserbauprojekt und anderen Arbeiten stieg auch das sozialistische und revolutionäre Bewußtsein dieser Bauern. Auf diese Art und Weise konnte man die Trinkwasserversorgung für den ganzen Kreis Linhsiän sichern und außerdem an die 7000 Hektar Ackerland künstlich bewässern. Nun waren aber die Bauern in ihrem revolutionären Drang schon gar nicht mehr aufzuhalten, denn man wollte 20, 30, 40.000 Hektar Ackerland bewässern. Mit dem im Kampf entwickelten Selbstvertrauen und dem unbändigen Willen, die Natur zu besiegen und aus dem Elendsgebiet Linhsiän ein "Paradies" zu schaffen, entwickelten sich während der Massenbewegung des "Großen Sprungs nach vorn" im Jahre 1958 die Volkskommunen, welche bereits eine Organisationsstruktur und Größenordnung aufwiesen, die es den Bauern ermöglichten, Projekte gigantischen Ausmaßes anzupacken und schier unlösbar scheinende Probleme zu lösen.

„Was tun?" fragten sich die Bauern

Nachdem der Bau aller nur möglichen Wasserspeicher bzw. Bewässerungsmöglichkeiten im Kreis restlos ausgeschöpft war, wandten die Bauern ihre Aufmerksamkeit dem Fluß Dschangho zu. Der Dschangho ist ein großer Dauerfluß und es gab nur ein Problem zu lösen: den Fluß "anzuzapfen" und mittels eines Kanals in den Kreis Linhsiän zu leiten. Allerdings stand der Realisierung dieser "Anzapfpläne" ein gewaltiges Gebirgsmassiv entgegen, welches sich zwischen dem Dschangho und Linhsiän dahinzog. "Wir müssen n u r durch das Felsgebirge einen Tunnel graben und entlang des Taihanggebirges einen Kanal anlegen, in einer Länge von ungefähr 70 km und nach dem Ausbau zusätzlicher Anlagen könnten wir es schaffen, ca. 40.000 Hektar, den Großteil des Ackerlandes von Linhsiän, mit dem Wasser des Dschangho künstlich zu bewässern". Das sagten die Bauern von Linhsiän, und gestützt auf ihre eigene Kraft und keine harte Arbeit scheuend, machten sie sich an die Arbeit, diesen gigantischen Plan zu verwirklichen.

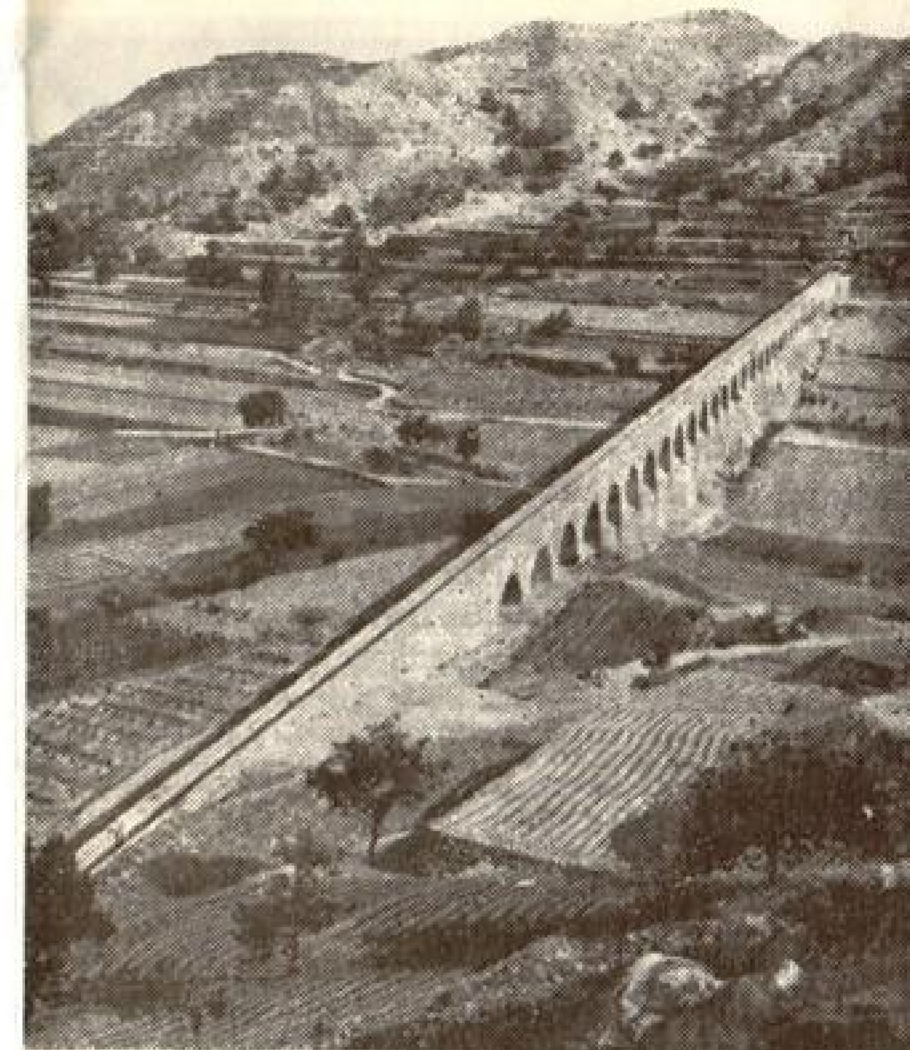
Realisierte Wunder

Genosse Mao Tsetung sagt: "Unter allen Dingen auf der Welt sind die Menschen das Wertvollste. Unter der Führung der kommunistischen Partei kann, solange es Menschen gibt, jedes Wunder auf Erden vollbracht werden." Nachdem den Bauern jedwede moderne technische Aufrichtung für ein solches Vorhaben fehlte und es bis auf einen Studenten der Technik, der die Bauleitung gemeinsam mit den politischen Kadern innehatte, an diesem Projekt keine ausgebildeten Techniker mitarbeiteten, zweifelten viele unter den Bauern, ob man sich an so eine Sache überhaupt heranwagen dürfte. Einige bezeichneten es geradewegs als "hellen Wahnsinn". Aber der Großteil der Bauern ließ sich nicht beirren und antwortete den Zweiflern: "In der Revolution wird das getan, was vordem noch nie versucht wurde. Wir wollen doch für die Wohlfahrt unserer Kinder und Kindeskinder sorgen." Und ausgerüstet mit einem unbändigen revolutionären Willen, mit Hammer, Meißel und Dynamit, wurde im Februar 1960 mit dem Bau des "Rote Fahne-Kanals" begonnen.

In acht Monaten wurde der Kanal in einer Länge von 2o km fertiggestellt, der das Wasser vom Dschangho durch das Gebirge in den Kreis Linhsiän bringt. Bis Ende 1964 wurde auch der 7o km lange Hauptkanal zur Gänze angelegt. Die Bauern arbeiteten ständig am Kanalbau. Bei großem Arbeitsanfall in der Landwirtschaft arbeitete man weniger bei den Wasserbauten, bei weniger großem Arbeitsanfall wurden die Arbeiten am Kanal mit forcierten Kräften vorangetrieben. Im Kreis Linhsiän beteiligten sich in der einen oder anderen Form alle Bewohner am Kanalbau: Männer, Frauen, Alte und Junge. Und wenn die eine oder andere Arbeitsgruppe zu verzweifeln drohte auf Grund auftretender gewaltiger Schwierigkeiten, so waren es immer wieder die politischen Kader, welche die Bauern ermutigten, im Kampf auszuharren. Und das nicht mit Worten und Aufrufen, sondern dadurch, daß die Kader im Produktionskampf Vorbild waren und immer dort mit Krampen und Schaufel zur Stelle waren, wo die Bedingungen am schwierigsten waren. Auch diejenigen, welche die Oberleitung des Gesamtprojekts innehatten, arbeiteten gemeinsam mit den Bauern, trugen wie diese Steine, schwangen den Hammer.

Ein Bewässerungssystem von 1500 km Länge

Nachdem der Hauptkanal fertiggestellt war errichteten die Bauern Zweigkanäle, von welchen aus mittels spinnwebartig gefächerten Bewässerungskanälen das Wasser auf die Felder geleitet wird. Heute durchfließt der Rote-Fahne-Kanal 180 Tunnels und 150 Aquädukte und leitet so dem Großteil des Kreises Linhsiän Wasser zu. Der Hauptkanal, acht Meter breit mit vier Meter hohen Seitenwänden, umfließt das Taihanggebirge über mehr als 250 schroffe Berghänge hinweg. In zehnjähriger Arbeit haben die Bauern vom Taihanggebirge ganze 20,980.000 Kubikmeter Erde und Gestein herausgeschlagen und für den Bau der Kanalwände 4,3 Millionen Kubikmeter Steine zugeschlagen und bewegt. Würde man diese Steine in der Größe eines Kubikmeters aneinanderreihen, so würden sie mehr als den halben Erdumfang umspannen. Heute kann man fast alle Felder im Kreis Linhsiän, ungefähr 40.000 Hektar, bewässern. Vor der Befreiung hatte der Kreis nur gegen 800 Hektar Ackerfläche und der Getreideertrag betrug pro Mu (15 Mu sind ein Hektar) nicht einmal 50 kg. Heute erreicht der durchschnittliche Ertrag pro Mu ungefähr 300 kg. Vor 1953 mußte sich dieser Kreis vom Staat jedes Jahr 10.000 Tonnen

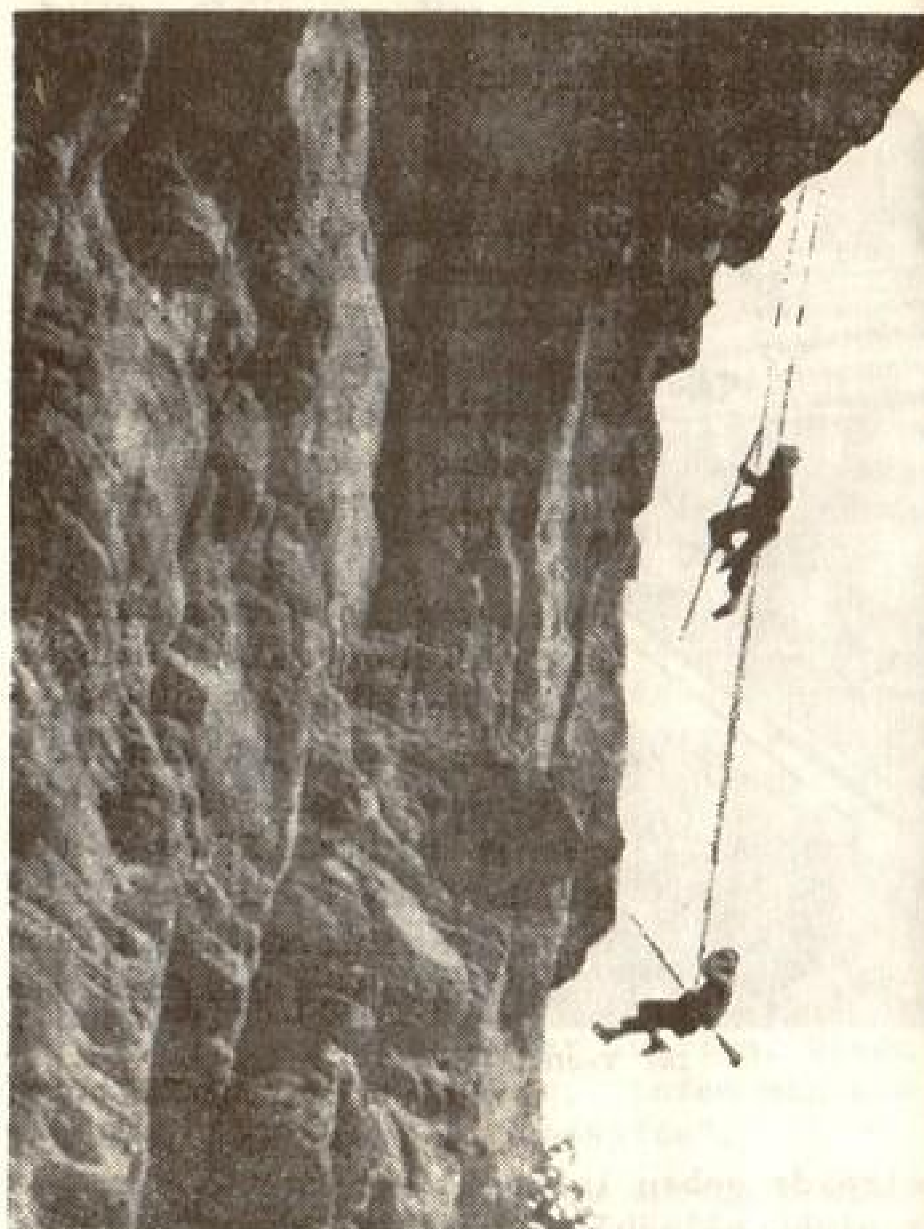


Der Tuofeng-Aquädukt

Getreide geben lassen. Nach 1958 konnte er sich allmählich selbst mit Getreide versorgen. Jetzt liefert er dem Staat als Soll bzw. verkauft ihm 20.000 Tonnen Getreide im Jahr. Außerdem hat der Kreis heute Getreidereserven von zirka 30.000 Tonnen.

Eins bringt das andere

40.000 Hektar bewässerte Felder brauchen zur Bearbeitung landwirtschaftliche Geräte. Also machten die Bauern Eisen- und Stahlschmelzen, um sich Rohmaterial für die Erzeugung landwirtschaftlicher Geräte zu beschaffen. Nachdem der Naturdünger nicht reichte, baute man eine kleine Düngemittelfabrik. Als Rohstoff verwertete man die Kohle, welche im Kreis genügend vorhanden ist. Man benötigte Zement und Ziegel, also baute man eine Ziegelei und eine kleine Zementfabrik. Es wurde ein größeres E-Werk gebaut und viele kleine E-Werke mit einer Leistung von ungefähr 40 KW entlang des Kanals. Damit sicherte man den Dörfern Licht und Energie. Eines gab das andere und durch die Realisierung dieses gewaltigen Wasserbauprojekts, den Rote-Fahne-Kanal, kam es zu einer explosionsartigen wirtschaftlichen Entwicklung und zu einer gewaltigen Steigerung des Lebensstandards aller Menschen im Kreis Linhsiän. Gleichzeitig stieg das sozialistische Bewußtsein der Bauern und der revolutionäre Geist, "auf die eigene Kraft



Hoch über dem Abgrund lösen Jen Yangtscheng und sein Teamkamerad die lockeren Felsbrocken.

zu vertrauen", hat in den Bauernmassen tiefe Wurzeln geschlagen. Jahr für Jahr wurden gute Ernten eingebracht und selbst im Jahr 1972, einem der schlimmsten Dürrejahre seit der Befreiung, wurde dank des Bewässerungssystems eine ausgezeichnete Ernte eingebracht. Auch im Erziehungswesen und im Gesundheitsdienst gab es einen gewaltigen Aufschwung. Es wurden Schulen, Kinderkrippen und Kindergärten, Kliniken und Spitäler gebaut. Vor der Befreiung gab es im Kreis fast 90 Prozent Analphabeten. Heute ist der Analphabetismus vollständig ausgerottet. Daß es auch eine gewaltige Entwicklung im kulturellen Bereich gab, ist geradezu eine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, was die Menschen hier alles fertiggebracht haben. Und dem Leser meines Berichtes wird es sicherlich nicht schwerfallen zu begreifen, daß nach all den Leistungen, die man erzielte, durch kollektives Herangehen an all die oben geschilderten gewaltigen Probleme, die Bauern mit großer Begeisterung und Elan die sozialistische Revolution in der Landwirtschaft weiterführen.

Nur ein Beispiel von vielen

All die gewaltigen Leistungen und Taten, die ich im Kreis Linhsiän bestaunen konnte, sind nichts anderes als ein Spiegelbild dafür, was Bauern gemeinsam, <u>im Kollektiv</u>, "sich auf die eigenen Kräfte stützend und keine harte Arbeit scheuend", vollbringen können. Linhsiän ist aber nur ein Beispiel von vielen, denn in aber Tausenden von Volkskommunen Chinas werden ähnliche Kämpfe um das Vorantreiben der sozialistischen Revolution ausgetragen. Genosse Mao Tsetung sagt: "Der Reichtum der Gesellschaft wird von den Arbeitern und Bauern und werktätigen Intellektuellen geschaffen. Wenn diese Menschengruppen ihr Schicksal in die eigene Hand genommen haben und wenn sie sich überdies an eine marxistisch-leninistische Linie halten und aktiv an die Lösung der Probleme herangehen, statt ihnen auszuweichen, dann wird es keinerlei Schwierigkeiten auf der Welt geben, mit denen sie nicht fertig werden können."

Grüße der chinesischen Bauern

Immer wenn ich den Bauern von Linhsiän in Gesprächen vom Los der österreichischen Bauern und ihren Problemen erzählte, von der Not der kleinen und mittleren Bauern und der Bergbauern, von unserer Zersplittertheit-Uneinigkeit, von der kapitalistischen Produktionsweise auf einzelwirtschaftlicher Basis mit all ihren Nachteilen, von unserer kulturellen Verelendung, so sagten mir die chinesischen Bauern immer wieder, ich solle den österreichischen Bauern die oben zitierten Worte des Genossen Mao Tsetung ans Herz legen. Man sagte mir, ich soll von ihrem Kampf erzählen, denn dies werde sicherlich dazu beitragen, das revolutionäre Bewußtsein der österreichischen Bauern zu erweitern. Und das ist eine der Voraussetzungen dazu, den Weg der sozialistischen Revolution zu beschreiten, das muß uns klar sein. Einen Weg, wo der werktätige Bauer hoch erhobenen Hauptes einer lichten Zukunft entgegenschreiten kann. Und immer wieder trugen mir die Bauern von Linhsiän auf, herzliche revolutionäre Grüße an die österreichischen Bauern zu übermitteln. Das tue ich hiermit und verbleibe bis zum nächsten mal mit
bäuerlichen und revolutionären Grüßen! ●

für die volksmacht Einzelpreis S 3,—, Jahresabonnement S 30,—. Bestellungen bitte an die VRA: 1205 Wien, Fach 3, oder 6923 Lauterach, Fach 66.

Angesichts der massiven Proteste sah der Herr Landwirtschaftsminister ein bisserl verhärmt aus.



Bauernwiderstand gegen Ausbeutung

Nicht nur die Bauern Frankreichs, Italiens, Hollands, Belgiens stehen auf und demonstrieren gegen ihre wirtschaftliche und soziale Diskriminierung, sondern auch Österreichs Bauern beginnen sich im Widerstand gegen die Ausbeutung durch das Kapital zusammenzufinden. Vor kurzem haben sich in einigen Kärntner Orten Bauernkomitees gebildet, in denen sich kämpferische Bauern ohne Ansehung ihrer Fraktionszugehörigkeit zusammenschließen. Diese bereits gegründeten Komitees haben an die Kärntner Bauern einen Aufruf gerichtet, ähnliche Komitees in allen Gemeinden, in den Bezirken zu bilden sowie daranzugehen, ein Landeskomitee zu gründen.

Zum ersten Mal traten Mitglieder dieser Bauernkomitees anläßlich der Eröffnung der Holzmesse 1974 in Klagenfurt vor die Öffentlichkeit. Die Bauern bereiteten den aus diesem Anlaß zahlreich erschienenen Mitgliedern des politischen und landwirtschaftlichen Establishments einen heißen Empfang. Die Losungen, welche die Bauern in Sprechchören in die Ohren der Bonzen hämmerten, waren sehr aussagekräftig und der Ausdruck der kämpferischen Stimmung, die bei den Bauern herrscht: "Wir Bauern aufgewacht, erkennen unsere Macht"; "Konsumenten unsere Freunde, Bauern kennen ihre Feinde"; "Unsere Bonzen immer fetter, ein neuer Kudlich unser Retter"; "Ob rot, schwarz, blau, um uns Bauern kümmert sich keine Sau", klang der erschienenen Prominenz äußerst unangenehm in die Ohren.

Auf den von den Bauern mitgebrachten Spruchtafeln konnte man lesen: "Ohne Kampf kein Erfolg"; "Preiskampf der Bauern ist Lohnkampf"; "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Bauern und des Volkes" und anderes mehr.

Die aufgebrachten Bauern störten nicht nur die Eröffnungsfeier, sondern zwangen auch den Landwirtschaftsminister und den Landeshauptmann, sich einem Gespräch mit den Demonstranten zu stellen. Wie der Ton dieses Gesprächs war, davon zeigen Äußerungen gegen den Minister wie "wenn uns Bauern nicht geholfen wird, treiben wir im Herbst die Ochsen in die Sitzungssäle der Landwirtschaftskammer" usw.

Bezeichnend für das Verhältnis zwischen den Bauern und obersten landwirtschaftlichen Instanzen wie Landwirtschaftsminister, Staatssekretär und diversen anderen Bonzen war der Aufmarsch von hunderten Polizisten in Uniform und Zivil, welche einen Kordon zwischen Demonstranten und Honoratioren bildeten.

Die Berichte über diese Bauerndemonstration in Zeitungen, Radio und Fernsehen brachten natürlich nichts vom Wesen und den Ursachen dieser Demonstration. Das war ja auch nicht anders zu erwarten, dienen die Massenmedien doch nur dem herrschenden Kapital. Von der verzweifelten wirtschaftlichen und sozialen Lage der kleinen und mittleren Bauern zu berichten, paßt ja nicht zu den "Wohlstands"lügen, die verbreitet werden.

Die Bauern, die an dieser Demonstration teilgenommen haben, verließen jedoch den Ort des Geschehens mit einem gesteigerten kämpferischen Bewußtsein und mit der Überzeugung: "Wir kommen wieder und mehr"! Und diese Bauernkämpfer haben sich vorgenommen in die Dörfer und Bauerngehöfte hinauszutragen: "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Bauern und des Volkes"! ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien